

II-532 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

12.4.1967

265/J

A n f r a g e

der Abgeordneten W e i k h a r t , M o s e r , Franz P i c h l e r ,  
W i e l a n d n e r und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Haftung für Darlehen an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds  
sowie an den Wohnhaus-Wiederaufbau**fonds**...

-.--.-.-.

Im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 war im Art. VII Abs. 2  
folgende Ermächtigung an den Finanzminister enthalten:

"(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Jahr 1966  
für den Bund:

1. die Haftung und den Zinsendienst für Darlehen in einem Betrag  
von 200 Millionen Schilling und für einen weiteren Betrag von 150 Millionen  
Schilling auch die Tilgung zu übernehmen, die vom Bundes-Wohn- und Sied-  
lungsfonds zur Finanzierung von Volkswohnungen aufgenommen werden;

2. die Haftung und den Zinsendienst für Darlehen in einem Betrag  
von 200 Millionen Schilling und für einen weiteren Betrag von 150 Millionen  
Schilling auch die Tilgung zu übernehmen, die vom Wohnhaus-Wiederaufbau-  
fonds zur Finanzierung von Wohnhauswiederaufbauten aufgenommen werden."

In ähnlicher Weise ist im Bundesfinanzgesetz für 1967 im Art. VII  
Abs. 2 nachstehende Ermächtigung an den Finanzminister enthalten:

"(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Jahr 1967  
für den Bund:

1. die Haftung sowie Zahlungsverpflichtungen in Höhe des Zinsen-  
dienstes für Darlehen in einem Betrag von 200 Millionen Schilling und in  
Höhe des Tilgungsdienstes für Darlehen in einem Betrag von 150 Millionen  
Schilling zu übernehmen, die vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zur  
Finanzierung von Volkswohnungen aufgenommen werden;

2. die Haftung sowie Zahlungsverpflichtungen in Höhe des Zinsen-  
dienstes für Darlehen in einem Betrag von 200 Millionen Schilling und in  
Höhe des Tilgungsdienstes für Darlehen in einem Betrag von 150 Millionen  
Schilling zu übernehmen, die vom Wohnhaus-Wiederaufbau**fonds** zur Finanzie-  
rung von Wohnhauswiederaufbauten aufgenommen werden."

Die beiden Wohnbaufonds benötigen im Interesse der wohnungssuchen-  
den Bevölkerung außerordentlich dringend jene Geldmittel, zu deren Be-  
schaffung dem Finanzminister vom Gesetzgeber durch die vorstehend zitier-

265/J

- 2 -

ten Bestimmungen eine Haftungsermächtigung gegeben wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

1. In welchem Ausmaß wurde im vergangenen Jahr 1966 von der im Art. VII Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes enthaltenen Ermächtigung Gebrauch gemacht?

2. Wenn von dieser Ermächtigung nicht in vollem Ausmaß Gebrauch gemacht wurde: Aus welchen Gründen geschah dies?

3. In welchem Ausmaß haben Sie bisher im Jahr 1967 von der Ermächtigung des Art. VII Abs. 2 Gebrauch gemacht, bzw. wann werden voraussichtlich die von den beiden Wohnbaufonds außerordentlich dringend benötigten Geldmittel flüssiggemacht werden?

-.--.-.-